

Hollandes Team zuversichtlich: „Wir haben keinen Spielraum, aber wir nützen ihn“

VON DANNY LEDER, PARIS

„Wir haben keinen Spielraum, aber wir nützen ihn“. Der Witz könnte von dem humorvollen Francois Hollande selber stammen, aber er wurde am Montag bloß von einem seiner Mitarbeiter kolportiert. Die Finanzlage des Landes war seit Jahrzehnten noch nie so angespannt, der soziale Frust selten noch so hoch, die internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen selten noch so bedrohlich.

Aber der sozialistische Wahlsieger, der sich am Montag für Beratungen in seine, noch bis Samstag gemietete Wahlkampfzentrale zurückzog und voraussichtlich in einer Woche offiziell das Amt des Staatschefs von seinem Vorgänger Nicolas Sarkozy übernehmen wird, dürfte aus der Not eine Tugend machen. Ein paar plakative Wahlversprechen wird Hollande zwar schnell und unverändert umsetzen: etwa das dreimonatige Einfrieren des Benzinpreis durch eine Senkung der Treibstoffsteuer, eine Erhöhung der Schulstarthilfe für bedürftige Familien, die Anhebung des Plafonds für staatlich begünstigte Sparanlagen, die Schaffung von staatlich gestützten Jugendjobs in Krisenvierteln und eine Sonderregelung, um rund 150.000 Arbeitnehmern, die besonders früh zu arbeiten begonnen und 41 Beitragsjahre eingezahlt haben, den Pensionsantritt mit 60 zu ermöglichen – unter Sarkozy war das Pensionsantrittsalter generell auf 62 hochgesetzt worden.

Darüber hinaus aber wird Hollande Wahlkampfankündigungen neu gewichten und aufschieben in der berechtigten Annahme, dass die allermeisten Franzosen, inklusive der Linkswähler, das auch bereits ahnen, wenn nicht schon akzeptiert haben. Jedenfalls konnte man diese Einsicht bei den Siegesfeiern am Wahlabend spüren: viele Anwesende erklärten, sie würden von Hollande keine Wunder erwarten und wären einfach schon über den Abgang von Sarkozy zufrieden.

KASSASTURZ Diesen Wunsch nach „mehr Bescheidenheit und Gerechtigkeitssinn“ an der Staatsspitze will Hollande maximal bedienen: so wird er sofort die Gehälter des Staatschefs und der Regierungsmitglieder um 30 Prozent kürzen. Gestützt auf diese Symbolik hofft Hollande die nächste, viel heiklere Kippe zu nehmen: ein Bericht des Rechnungshofs, der einem Kassasturz gleichkommt, könnte Anlass für eine eher sozialliberale Orientierung und Sparmaßnahmen geben, von denen er im Wahlkampf nicht gesprochen

hatte. Um das durchzuziehen, soll Mitte Juli bei Megaverhandlungen sich Gewerkschaften und Unternehmerverbände auf ein neuen „Sozialpakt“ einigen. Abgesandte von Hollande scheinen bereits die Zustimmung der jeweiligen Spitzenfunktionäre eingeholt zu haben.

Unterdessen muss Hollande die massiven Entlassungspläne der Handels- und Industrieriesen, die während des Wahlkampfs auf Druck von Sarkozy zurückgestellt worden waren, parieren. Auch da könnte es zu einem Arrangement kommen, wobei Hollande seine Ankündigungen einer radikale Anhebung der Reichensteuern, darunter eine 75 prozentige Besteuerung aller Einkommenssegmente von über eine Million Euro pro Jahr, zumindest teilweise an die Wünsche der Unternehmenseite adaptiert – vor allem weil auch Hollande einer Kapitalflucht und weiteren Verlagerung der Konzernsitze vorbeugen muss.

Die Zeichen stehen jetzt auch auf Verständigung mit Angela Merkel. Abgesehen davon, dass ein vormaliger Professor für Deutsch, Jean-Marc Ayrault, als möglicher Premier im Gespräch ist, gibt man sich nunmehr in Paris und Berlin konzilient und zuversichtlich: einer Ergänzung des Euro-Fiskalpakts durch einen Paragraphen über wirtschaftliche Ankurbelmaßnahmen, wie sie von Hollande gefordert wurden, stünde nichts im Wege. Ein Memorandum, das Hollande für die EU-Partner ausarbeiten ließ, enthält vier Punkte, von denen die ersten drei auch für Merkel akzeptabel erscheinen, darunter die Mobilisierung von Restbeständen der EU-Strukturfonds für gemeinsame Investitionen und eine Finanztransaktionssteuer. Nur die Ausgabe von Eurobonds wird von Merkel strikt abgelehnt.

Bleibt das heikle Treffen mit Barak Obama. Der US-Präsident hat Hollande bereits zu einem Treffen vor dem nächsten Nato-Gipfel eingeladen: Hollande hatte im Wahlkampf angekündigt, er wolle alle französischen Soldaten aus Afghanistan noch bis Ende 2012 zurückziehen. Der US-Präsident will Hollande jetzt einen möglichst hohen Restbestand an französischen Soldaten bis 2013 abhandeln.